

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 12/2023 vom 23.03.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Der tschechische Präsident Petr Pavel: Ich bin für die Einführung des Euro*
- *Der Papst fährt nach Ungarn, das heißt die Kirche und die extreme Rechte sind jetzt im Grunde eins*
- *Ehemaliger litauischer Premierminister für „Wyborcza“: Die Demokratisierung Russlands ist die Grundlage unserer Sicherheit*
- *Bogusław Chrabota: Wahlen können Erinnerung an Johannes Paul II. zerstören*
- *Wie Moskaus Spione arbeiten*
- *Das Urteil für den Mord an Danzigs Oberbürgermeister Paweł Adamowicz ist gefallen. Stefan Wilmont wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. „Ein beispielloses Verbrechen“*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Der tschechische Präsident Petr Pavel: Ich bin für die Einführung des Euro



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

*Interview der Gazeta Wyborcza mit dem tschechischen Präsidenten **Petr Pavel***

Würden Sie Wladimir Putin anrufen, um mit ihm über Frieden zu sprechen?

Petr Pavel, Präsident der Tschechischen Republik: So etwas kann ich mir nicht vorstellen. Der russische Führer hat nicht einmal ein Zeichen des guten Willens gezeigt. Er hat nichts getan, um den Krieg zu beenden. Der so genannte Friedensplan, den Russland vorgelegt hat, ist lediglich eine Reihe russischer Bedingungen, die nicht zur Diskussion stehen und inakzeptabel sind. Daher sehe ich im Moment keine Möglichkeit für Friedensgespräche mit Russland.

Im Westen gibt es jedoch Forderungen nach der Aufnahme von Gesprächen. Denn wie soll der Krieg schließlich sonst beendet werden?

Dies ist eine schwierige Frage. Ich unterstütze die Ukraine uneingeschränkt bei der Wiederherstellung ihrer vollen Souveränität und territorialen Integrität innerhalb international anerkannter Grenzen. Ich habe lange Zeit in hohen militärischen Positionen gedient, ich bin also nicht naiv. Ich bin auch realistisch, was die Chancen für einen vollständigen Sieg der Ukraine angeht. Ob wir es wollen oder nicht, die Kriegsmüdigkeit nimmt zu. Das gilt für Russland, das gilt für die Ukraine, und das gilt für alle Länder, die sie unterstützen. Je länger dieser Krieg andauert, desto geringer wird die Unterstützung für die Ukraine und desto geringer wird der Wille, ihn fortzusetzen.

Ich glaube daher, dass dieses Jahr entscheidend sein wird. Das Fenster der Möglichkeiten für die Ukraine wird sich in diesem Jahr schließen. Deshalb ermutige ich meine Partner im Ausland wie auch in der

Tschechischen Republik, die Ukraine auf höchstmöglichem Niveau zu unterstützen. Vor allem jetzt, wo sich die Ukraine auf eine Bodenoffensive vorbereitet. Es wird nur eine einzige Chance für eine solche Operation geben. Wenn sie scheitert, gibt es in diesem Jahr praktisch keine Gelegenheit für einen weiteren Schlag.

Im Jahr 2024 stehen in den Vereinigten Staaten Wahlen an. Die USA werden sich natürlich nach innen wenden und nach Lösungen für ihre Probleme suchen. Wenn dort ein außenpolitisches Thema zum Wahlkampfthema wird, dann sind es eher die Beziehungen zwischen den USA und China als europäische Themen. Und wenn sich die USA aus der Unterstützung für die Ukraine zurückziehen würden, würden viele europäische Länder das Gleiche tun.

Werden Sie also Druck auf westliche Länder ausüben, damit diese ihre Lieferungen an die Ukraine erhöhen?

Das werde ich. Ich betone immer wieder, dass wir den Ukrainern jetzt liefern müssen, was sie brauchen, nicht erst Ende dieses oder erst nächstes Jahr. Die Ukrainer brauchen Panzer und Schützenpanzer, sie brauchen Artillerie und Luftabwehr und vor allem jede Menge Munition. Neue Kampfflugzeuge hingegen haben keine Priorität, denn selbst wenn beschlossen würde, die Ukraine mit modernen Kampfflugzeugen auszustatten, würden die Lieferungen realistischweise erst im nächsten Jahr erfolgen. Und es gibt praktisch nichts, was getan werden kann, um diesen Prozess zu beschleunigen, abgesehen von den MiG-29-Flugzeugen, die die Ukrainer bereits betreiben. Es gibt jedoch nur sehr wenige Länder in Europa, die noch Flugzeuge dieses Typs einsetzen und sie an die Ukraine weitergeben könnten.

Teilt die tschechische Regierung diesen Standpunkt?

Ja. Tschechien beliefert die Ukraine ununterbrochen mit Waffen. Die Lieferungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich hoffe, bevor ich im April in die Ukraine reise, kommt es zu weiteren.

Worüber werden Sie mit Wolodymyr Selenskyj sprechen?

Neben dem Thema der Lieferung von militärischer Ausrüstung werden wir auch die Frage der Erhöhung der Produktion von Munition für die ukrainischen Streitkräfte ansprechen. Wir werden auch über den Wiederaufbau der Ukraine sprechen. Wir müssen jetzt damit beginnen, über die Entwicklung der Ukraine zu sprechen und das Land aus der Verwüstung herauszuholen, denn wenn der Krieg vorbei ist, wird es dafür wahrscheinlich zu spät sein. Wir sollten bereits die Umrisse eines neuen Marshallplans für die Ukraine haben. Es wird auch sehr wichtig sein, unsere Unterstützung für eine künftige Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union zum Ausdruck zu bringen.

Wie reagieren die westeuropäischen Staats- und Regierungschefs auf Ihre Forderung nach Verstärkung der Waffenlieferungen an die Ukraine?

Ich hatte noch nicht die Gelegenheit, mit allen Staats- und Regierungschefs der EU oder der NATO zu sprechen, aber aus den Gesprächen, die ich bisher geführt habe, geht hervor, dass diese Frage sowohl in der EU als auch in der NATO fast einhellig unterstützt wird. Ich habe einen Wandel in der deutschen Haltung festgestellt; Bundeskanzler Olaf Scholz setzt sich sehr dafür ein, dass die Verbündeten der Ukraine mehr schwere Waffen liefern. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Lieferung von Ausrüstung und Munition, die die Ukraine dringend benötigt, nun beschleunigt.

Das Zögern des Westens, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, beruhte auf der Befürchtung, dass die Situation eskalieren und Russland NATO-Länder angreifen könnte. Putin droht mit dem Einsatz von Atomwaffen. Sind das reale Drohungen?

Ich muss niemanden davon überzeugen, dass Russland selbst die Bedrohung ist. Und Russlands Strategie war schon oft eine Eskalation, auf die schon oft eine Deeskalation gefolgt ist. So haben wir oft erlebt, dass Russland mit Gewalt gedroht hat, in der Hoffnung, auf diese Weise viel mehr zu erreichen als durch friedliche Verhandlungen.

Die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen ist ein sehr ernster Schritt, den wir nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfen. Aber wir haben ja schon zu Beginn des Krieges, in den ersten Stunden, russische Drohungen gehört, als Russland drohte, dass jedes Land, das der Ukraine hilft, auch mit rein politischen Mitteln, zum Feind wird. Und was dann? Nichts folgte darauf.

Schauen wir uns Finnland an, ein Land, das nach dem Angriff auf die Ukraine beschlossen hat, der NATO beizutreten. Russland drohte unseren finnischen Freunden, dass es Maßnahmen dagegen ergreifen würde. Die Finnen haben daraufhin geantwortet, dass sie das Recht Russlands respektieren, sich zu internationalen Ereignissen zu äußern, aber sie seien eine souveräne Nation und würden tun, was sie zum Schutz ihres Landes für notwendig erachten. Wir sollten mit einer gleichen Selbstsicherheit handeln, denn als NATO stellen wir eine Kraft dar, die Russland nicht ignorieren kann. Bei der Unterstützung der Ukraine sollten wir entschlossen und durchsetzungsfähig sein. Der Westen befindet sich nicht im Krieg mit Russland; gemäß der UN-Charta hilft er einem Land, das Opfer eines Angriffs geworden ist.

Es gibt jedoch ein NATO- und EU-Mitglied, das einen völlig anderen Ansatz gegenüber der Ukraine verfolgt. Es handelt sich um Ungarn. Viktor Orbán wiederholt: „Es ist nicht unser Krieg“, und weigert sich, den Ukrainern zu helfen. Sind Sie deshalb zu dem Schluss gekommen, dass die Zusammenarbeit in der Visegrad-Gruppe viel lockerer sein und sich beispielsweise auf die Zusammenarbeit im kulturellen Bereich beschränken sollte?

Während meiner militärischen Laufbahn in der NATO stand ich der Visegrad-Gruppe recht nahe und war ihr gegenüber immer recht skeptisch, wenn es um die Außen- und Sicherheitspolitik ging. Die Visegrad-Gruppe funktioniert gut als Forum für Konsultationen zu verschiedenen Themen. Ich bin jedoch nicht der Meinung, dass wir zu einer stärker integrierten Außen- und Sicherheitspolitik übergehen müssen. (...)

Das Problem Ungarns liegt nicht nur in der Außenpolitik. Das Land entwickelt sich zu einem autoritären Staat, es gibt Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit, Korruption und es werden Kampagnen gegen Minderheiten organisiert. Wie gehen wir mit dieser Krankheit um, die unseren Teil Europas befallen hat?

Das ist eine schwierige Frage. Wenn wir sie jedoch aus der Ferne und aus historischer Perspektive betrachten, können wir sehen, dass es selbst in der NATO und der EU in der Vergangenheit Länder mit einem gewissen Demokratiedefizit gab - und sie haben es geschafft, dieses zu überwinden.

In Ungarn gibt es Probleme mit einer unabhängigen Justiz, der Achtung der Menschenrechte oder der Medienfreiheit. Aber das ist nicht endgültig, das sind vorübergehende Probleme. (...)

Ist das nur ein vorübergehendes Problem? Viktor Orbán scheint in 13 Jahren ein System geschaffen zu haben, in dem niemand anders mehr demokratisch an die Macht kommen kann.

Bis zu einem gewissen Grad haben Sie Recht. Aber auch Viktor Orbán wird nicht ewig bleiben. Es gibt viele Ungarn, die gegen seine Regierung sind, die eine andere Vorstellung davon haben, wohin ihr Land geführt werden soll, und dass dies im Einklang mit allen europäischen Werten geschehen soll. In diesem Sinne bin ich aus historischer Sicht optimistisch.

Und was Polen angeht?

Darüber denke ich genauso. Nichts ist für ewig gegeben. Die Dinge können eine Wendung nehmen, wir müssen eine positive Einstellung haben und darauf achten, dass diese negativen Themen nicht in den Vordergrund treten. Das Einzige, was man in dieser Situation auf bilateraler Ebene tun kann, ist, Einwände zu erheben. Die Europäische Union hat viel mehr Macht, diese Probleme zu lösen. (...)

In Polen setzen die staatlichen Medien bewusst auf Desinformation. Sie haben das persönlich im Wahlkampf erlebt, als Ihr Konkurrent Andrej Babisz war. Auch die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová macht diese Erfahrung. Bei einem kürzlichen Treffen mit ihr haben Sie sehr deutlich gemacht, dass Sie gegen dieses Phänomen vorgehen wollen. Auf welche Weise?

Mit Offenheit und Transparenz. Präsidentin Čaputová wendet Anständigkeit an. Sie ist konsequent in ihren Ansichten und freundlich, auch zu denen, die nicht so sind wie sie. Ihr Handeln ist richtig; die meisten Menschen erwarten ein solches Vorgehen von Politikern. Manchmal verlangen sie absolute Macht, aber das ist nur vorübergehend. Langfristig wollen die Menschen in einer transparenten Welt leben, in der Werte und Prinzipien eine Rolle spielen, in der sie sich auf die Wahrhaftigkeit des gesprochenen Wortes verlassen können. Ich glaube, dass dies in unserer Natur liegt. Im Moment hat die falsche Seite die Oberhand, aber das bedeutet nicht, dass wir aufhören sollten, die Situation zu reparieren.

Das klingt sehr nach Havel. Wir fragen uns, wie viel Sie sich vom ersten tschechischen Präsidenten abschauen?

Natürlich verehere ich ihn sehr, aber ich versuche sicher nicht, ihn zu imitieren. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass er viele Menschen inspiriert hat. Wenn Sie sich in der Welt, in Europa umsehen, werden Sie viele Menschen finden, die genauso denken.

Desinformation, Hasskampagnen im öffentlichen Raum - all dies geschieht zu einem außergewöhnlich schlechten Zeitpunkt. Wir haben Krieg und ein Demokratiedefizit in der Europäischen Union, nicht nur in Polen und Ungarn. Wir erleben große Proteste in Prag, in Deutschland, in Frankreich. Europa befindet sich in einer Krise.

Aber ist das nicht der natürliche Zustand der Dinge? In der Geschichte gab es Zeiten des Friedens, aber auch Konflikte, Kriege und Krisen. Lange Zeit lebten wir in einem Gefühl der Sicherheit und begannen zu glauben, dass uns Wohlstand und Sicherheit ein für alle Mal gegeben sind. Dass sie uns zustehen und dass die Regierungen dafür sorgen müssen. Ich sehe in der Krise eine Chance, zu unseren Wurzeln zurückzukehren und zu erkennen, dass eine bessere Zukunft immer erkämpft, erarbeitet und verdient werden muss. In meinem Land gibt es viele Menschen, denen die derzeitige Situation nicht gefällt. Populisten und Autokraten versuchen, sie zu überzeugen. Wir können diese Krise aber nur überstehen, wenn wir ihnen nicht mehr Emotionen, sondern mehr Argumente liefern.

Müsste Europa angesichts dieses Krieges und dieser Krisen nicht stärker und geeinter sein, eher wie eine globale Supermacht als eine internationale Organisation?

Ehrlich gesagt, glaube ich nicht, dass eine engere Integration besser für die Europäische Union ist. Was wir jetzt brauchen, ist mehr Flexibilität und nicht mehr Integration. Viele europäische Nationen sind mental nicht bereit für eine weitere Integration. (...)

Heißt das, dass Sie gegen eine weitere Integration Tschechiens und gegen die Einführung des Euro sind?

Nein. Ich unterstütze die Einführung des Euro in Tschechien. Die Argumente gegen die Einheitswährung sind eher emotional als praktisch. Schauen Sie sich die tschechischen Unternehmen an, die große Zahl tschechischer Unternehmen, die in Europa exportieren und Kredite vergeben - sie machen ihre Buchhaltung ohnehin in Euro. Sollte sich die tschechische Regierung also tatsächlich für die Einführung des Euro entscheiden, so wäre dies nur eine Bestätigung der Realität.

Aber bedeutet die Einführung des Euro in Tschechien nicht eine weitere Integration des Landes in die EU?

Nein. Meiner Meinung nach bedeutet der Euro keine engere Integration. Er ist eine Eintrittskarte in die europäische Premier League. Wir können uns entscheiden, den Euro nicht anzunehmen und hinter der Tür

zu bleiben oder ihn anzunehmen und mit den Mitgliedern der Eurozone Entscheidungen treffen zu dürfen. Ich denke, es ist besser, sich zu beteiligen.

In der polnischen Diskussion über die Entwicklung der Europäischen Union kommt immer wieder die Gefahr einer deutschen Vorherrschaft in Europa zur Sprache. Teilen Sie diese Ansicht?

Deutschland und Frankreich sind die großen nationalen Mächte in Europa. Es ist normal, dass sie versuchen, zu dominieren. Aber unsere Aufgabe ist es, ein ausreichendes Gegengewicht zu schaffen. Wenn wir uns in Mittel- und Osteuropa auf eine Position von sieben, vielleicht acht Ländern einigen können, dann haben wir gemeinsam genug Kraft gesammelt, um den nationalen Interessen Deutschlands oder Frankreichs entgegenzutreten. Ein solches Vorgehen untergräbt nicht die europäische Idee. Es wäre einfach ein Gleichgewicht der Kräfte. (...)

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,29564767,prezydent-czech-petr-pavel-dla-wyborczej-prosze-polakow-o.html>



www.mleczko.pl

REGIERUNGS-AUKTION FÜR KORRUPTIONSANGEBOTE.

EINE MILLION DOLLAR ZUM ERSTEN!

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Der Papst fährt nach Ungarn, das heißt die Kirche und die extreme Rechte sind jetzt im Grunde eins



Quelle: wpolityce.pl

Von **Ziemowit Szczerek**

Was verbindet Papst Franziskus mit Putin, Lukaschenko, Orbán, Kaczyński oder gar den iranischen Ayatollahs?

Die Rechte gerät, zumindest in Polen, in eine immer akutere Krise, was die von ihr vertretenen Ideologien und Dogmen betrifft. Mehr noch, dass das antiwestliche Narrativ, wonach im Westen – dem bösen, säkularisierten, regenbogenfarbenen usw. – die größte Bedrohung für das vermeintlich traditionalistische Polen lauert, zum Hauptnarrativ des Putin-Regimes geworden ist, das nicht nur die Ukraine bombardiert, sondern auch noch Polen bedroht.

Mehr noch, denn jetzt reist Papst Franziskus, die Hauptstütze und der Fels in der Brandung der katholischen Christenheit - angeblich auch die Hauptstütze und der Fels in der Brandung des Polentums ist - nach Ungarn, um sich mit Viktor Orbán zu treffen. Ein Mann, der ein Verbündeter von Wladimir Putin ist und sich große Mühe gab, Wolodymyr Selenskyj nicht versehentlich die Hand zu schütteln, als dieser zeitgleich mit Orbán in Brüssel war.

Orbán ist der Gründervater des politisch-wirtschaftlichen Systems, mit dem die weiteren autoritären Konservativen die „Demokratie“ einführen: Die Regierungspartei ist so sehr im Besitz der politischen Institutionen und kontrolliert die Wirtschaft, dass es im Grunde unmöglich ist, sie durch freie Wahlen zu entfernen. Orbán hat dieses Modell in Ungarn eingeführt, Aleksandar Vučić hat es dann in Serbien fast

Punkt für Punkt kopiert, und Jarosław Kaczyński, der ja extra wegen dieses Know-hows zu Orbán gepilgert ist, versucht es in Polen einzuführen. Und zu einem Zeitpunkt, als jeder in Europa bereits wusste, dass Putin früher oder später in die Ukraine einmarschieren würde, organisierte die PiS eine Internationale der Verbündeten Putins und Orbáns. Weil sie ideologisch mit ihnen identisch ist.

Also ja, alles ist wieder an seinem Platz, alles ist im Grunde perfekt. Polen befindet sich - aus geopolitischer Notwendigkeit - in der Arena des neuen globalen Konflikts wieder im demokratischen Lager, aber seine Regierung passt nicht wirklich in dieses Lager, so wie das verknöcherte Polen des Sanacja-Regimes während des Zweiten Weltkriegs nicht in das Lager der Alliierten gepasst hat. Systematisch gesehen ähnelte das damalige Polen eher Mussolinis Italien als Frankreich oder England, und seine nationalistischen und antisemitischen Züge grenzten zeitweise an das, was in Nazideutschland geschah.

Jetzt ist es im Grunde dasselbe. Was haben Franziskus, Putin, Lukaschenko, Orbán, Kaczynski und darüber hinaus, sagen wir, tja, Erdoğan, sogar die iranischen Ayatollahs gemeinsam? Nun: die Tatsache, dass sie sich alle gegen eine „Korruption“ und „Dekadenz“ des Westens wenden, wobei sie nicht akzeptieren, dass es hier gar nicht um Korruption geht, sondern um die Befreiung immer größerer Teile der Gesellschaft aus dem Korsett enger Regeln und der Annahme, dass ein irgendwo an der Spitze versteckter „Obermoralist“ für sie denken muss, der ihnen dies und jenes aus diesem und jenem Grund verbietet.

Interessanterweise gesellt sich zu dieser Equipe, wenn auch von der anderen Seite, eine zunehmend übertrieben moralisierend „woke“ Linke, die immer öfter bereit ist, auf ein ähnliches Instrument zurückzugreifen, das von der Rechten befürwortet wird, nämlich Zensur, soziale Kontrolle usw. Viele in dieser Linken, vor allem im Westen, sind bereit, Putin und Lukaschenko ihre Oligarchie, ihren Totalitarismus und ihre Aggressivität und im Falle Russlands ihren Imperialismus zu verzeihen, nur um sich gegen die NATO zu stellen, ohne zu sehen, dass sie in Osteuropa tatsächlich eine Schutzfunktion hat, denn nur wenige Menschen fallen gerne in den Einflussbereich Russlands.

Doch auch die Rechte scheint keinen besonderen Groll gegen das politische System zu hegen, das Putin eingeführt hat. Russland ist für die Rechten nicht schlecht, weil es ein repressiver Polizeistaat ist, paläokonservativ, mit einem System, das an einen räuberischen Feudalismus erinnert, mit dem Kult eines Individuums und einem närrischen Nationalismus. Es ist für sie nicht schlecht, denn der rechte Flügel in Polen, Ungarn, der Türkei und im Iran derselbe ist. Nur das Ausmaß ist unterschiedlich. Und die Unterstützung religiöser Eliten für solche Regime, sei es die Unterstützung des katholischen Klerus für das Franco-Spanien, Ustascha-Kroatien, PiS-Polen oder Orbáns Ungarn (und beispielsweise auch für die Faschisten von Kotleba in der Slowakei), sei es die Unterstützung des orthodoxen Klerus für Putin oder religiöser Kreise für Erdoğan oder den Iran - zeigt, dass es hier keine Zufälle gibt. Und es ist auch kein Zufall, dass weder Polen noch Ungarn die guten Beziehungen zum iranischen Regime in einer Zeit nicht aufgeben wollen, in der es in seinem Land einen Aufstand gegen ein auf religiösem Fanatismus basierendes politisches System niederschlägt.

Russland ist nur deshalb für die PiS schlecht, weil es Russland ist. Nur weil die Besessenheit von Nachbarschaftsfeindlichkeit ein typisches Merkmal solch autoritärer, konservativer, einfältiger und unkontrollierbarer Regime ist. Es geht nicht darum, wie Russland ist. Es geht darum, dass es Russland ist. Die PiS hat, kaum dass sie an die Macht gekommen ist, eine traditionelle und im Grunde unnötige Struktur wiederhergestellt, durch die Polen wieder zwischen zwei ewigen Feinden liegt. Denn das ist es, was nationalistische Regime tun. Sie hassen ihre Nachbarn – nur weil es sie gibt. Denn das ist die Denkweise der Nationalkonservativen. Die kroatische Ustascha hat die Serben gehasst, weil Serben Serben sind. Die Nazis hassten die Polen, weil Polen Polen sind. Sogar mit der Ukraine, mit der uns heute unter dem Mantel der NATO eine große Freundschaft verbindet, hat die PiS irgendwann die Beziehungen im Namen historischer Obsessionen fast abgebrochen. Natürlich nicht ohne Schuld der Ukraine, denn dort regierte vor Selenskyj, wir erinnern uns, Poroschenko, der sich als Hyper-Patriot inszenierte.

Es war auch lustig, als die PiS im Herbst 2021 diese Internationale ihrer Nationalisten und Populisten organisierte, die zu diesem Zeitpunkt praktisch mit Putins Russland verflochten waren (denn aus Sicht des autoritären konservativen Populismus ist daran nichts auszusetzen), aber die ultrarechte AfD nicht dazu einlud. Der Grund? Die AfD ist deutsch, und Deutschland grenzt an Polen.

Nur eine kleine systemische Inkonzsequenz: Schließlich hat die AfD keine Agenda, die sich besonders von anderen nationalistischen Populisten unterscheidet, die eine „neue Ordnung“ in Europa wollen, und manchmal haben sogar Redakteure polnischer rechter Portale Unterstützung oder Verständnis für sie geäußert. Aber es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die größte Bedrohung für die „Von den Knien Aufsteh-Autoritären“ die „Von den Knien Aufsteh-Autoritären“ sind, die in der Nachbarschaft an die Macht wollen.

Und eine Rückkehr zu solchen egoistischen Regierungen in Europa ist die einfachste Rückkehr zu einem System ständiger Reibungen und Konflikte. Und die katholische Kirche unterstützt - wie es der Zufall will - traditionell genau solche Regierungen. Sie war nie „links“, „fortschrittlich“ oder wollte die bestehenden Strukturen so verändern, dass der Einzelne freier und die Gesellschaft sicherer ist.

Also - nun ja. Ob es mich überrascht, dass Papst Franziskus ausgerechnet nach Ungarn fliegt, wo er, seine Institution, seine Ansichten und seine soziale Philosophie hingehören? Ganz und gar nicht. Und ich bin überrascht, dass überhaupt jemand überrascht darüber ist.

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/swiat/papiez-franciszek-orban-wegry-wizyta-kosciol-katolicki/>

Ehemaliger litauischer Premierminister für „Wyborcza“: Die Demokratisierung Russlands ist die Grundlage unserer Sicherheit



Quelle: wyborcza.pl

*Wiktoria Bieliaszyn spricht mit **Andrius Kubilius** - Ministerpräsident Litauens in Jahren 1999-2000 und 2008-2012, litauischer Oppositionsaktivist während der Sowjetära, Mitglied des Europäischen Parlaments, wo er als ständiger Berichterstatter aus Russland fungiert.*

Wiktoria Bieliaszyn: In Ihrem Text für *The Lithuania Tribune* analysieren Sie die Haltung der Litauer gegenüber den Russen, die Sie in einem kurzen Satz zusammenfassen: „Alle Russen sind Imperialisten und Agenten des bösen Imperiums“. In Polen stoße ich oft auf eine ähnliche Einschätzung der russischen Gesellschaft. Sie sind damit nicht einverstanden.

Andrius Kubilius: Ich habe den Eindruck, dass viele Menschen heute vergessen, dass es für uns alle strategisch wichtig ist, dass sich Russland demokratisiert. Es ist in erster Linie eine Frage unserer Sicherheit. Ich gehe davon aus, dass demokratische Staaten nicht gegeneinander Krieg führen. Ich habe diesen Text zwar mit Blick auf die Litauer geschrieben, aber wenn ich mir die heutige Stimmung in Brüssel anschau, dann sehe ich, dass viele Europäer heute so über die Russen denken und sie oft nicht nur des Imperialismus, sondern auch der Kriegsunterstützung beschuldigen. Ich sehe, dass die meisten nicht zu glauben scheinen, dass die Russen in der Lage sind, einen wirklich demokratischen Staat zu schaffen. Das ist nicht der Fall. Es ist wichtig, dass wir erkennen, wie irrational solche Behauptungen sind.

Über das angeborene Bedürfnis, „unter dem Stiefel“ zu leben?

Ja, natürlich. So etwas wie ein Demokratie-Gen gibt es nicht. Meine Generation, die sich noch an die Zeit der Perestroika und die damaligen Ereignisse in Mittel- und Osteuropa erinnert, sollte das genau verstehen. Ich erinnere mich daran, dass nach dem „Blutsonntag“ von 1991, als sowjetische Panzer in Vilnius einrollten, um die Litauer zur Anerkennung der sowjetischen Verfassung zu zwingen, fast eine Million Menschen in Moskau protestierten und damit die Demokratie und unsere Unabhängigkeit verteidigten. Ich persönlich glaube, dass Wladimir Putin, basierend auf sowjetischen Ressentiments, eine große Tragödie über Russland gebracht hat. Aber die gesellschaftliche Nostalgie nach der Vergangenheit, die Putin zur Zerstörung der jungen russischen Demokratie nutzte, ist nicht etwas, das nur Russen kennzeichnet. Wir haben es in Litauen erlebt, die Franzosen und viele andere Nationen kennen es auch. Ich bin davon überzeugt, dass die Russen noch auf den demokratischen Weg zurückkehren können, auch wenn dies viel Arbeit und Mühe erfordern wird.

Dies ist, gelinde gesagt, keine populäre Ansicht in unserer heutigen Region. Auf welche Art von Reaktionen sind Sie nach der Veröffentlichung des Textes gestoßen?

Ich habe viele warme Worte und Dankesbekundungen von Russen gehört, die meine sozialen Netzwerke buchstäblich mit sehr emotionalen Nachrichten überschwemmt haben. Was andere Länder betrifft, so habe ich nirgendwo sonst eine so heftige Reaktion erlebt. Glücklicherweise beginnen einige westliche Gesellschaften langsam aufzuwachen und die Situation etwas nüchterner zu betrachten und ihre Komplexität zu erkennen.

Das ist wichtig?

Zweifellos. Nicht daran zu glauben, dass Russland demokratisiert werden kann, ist ein großer strategischer Fehler. Schließlich arbeitet Wladimir Putin seit Jahren daran, einen solchen Glauben in Europa zu entwickeln. Diese Art des Denkens ist für die Angst verantwortlich, die ich in den westlichen Hauptstädten häufig antreffe. Einige Vertreter westlicher politischer Eliten, die davon überzeugt sind, dass es in Russland keine Chance auf Demokratisierung gibt, scheinen immer noch zu glauben, dass Wladimir Putin ein Garant für Stabilität ist. Ihrer Ansicht nach wird Russland im Falle eines vernichtenden Sieges der Ukraine zerfallen und ins Chaos stürzen, was den Verlust der nuklearen Kontrolle zur Folge hätte. Aus diesem Grund haben einige westliche Politiker Angst vor der Lieferung starker Waffen an die Ukraine und zögern solche Entscheidungen hinaus, wie wir in den letzten Monaten gesehen haben. Das sehe ich als ein großes Problem an.

Und sehen Sie eine Lösung für dieses Problem?

Ich bin jetzt für die Organisation einer großen Konferenz der russischen Opposition in Brüssel verantwortlich. Ziel ist es, die europäischen Institutionen dazu zu bringen, eine tragfähige Strategie zu entwickeln, um die russische Opposition sowohl während als auch nach dem politischen Übergang zu unterstützen.

Hatte die EU vor der Invasion eine strategische Politik gegenüber Russland?

Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, gab letztes Jahr offen zu, dass Europa vor dem Krieg aufgrund seiner starken Abhängigkeit von russischem Gas keine klare Strategie gegenüber Russland und der Ukraine hatte. Die Invasion hat uns die Dinge klar gemacht. Es ist notwendig, eine Strategie gegenüber Russland zu entwickeln, die die EU-Politik gegenüber der Ukraine berücksichtigt. Meiner Meinung nach könnte dies zu einer positiven Veränderung in Russland selbst führen.

Wie sollte diese Strategie aussehen?

Lassen Sie es mich ganz einfach erklären. Wenn ich die russische Gesellschaft beobachte, stelle ich fest, dass sie von zwei Stimmungen beherrscht wird. Die erste hängt mit der Sehnsucht nach dem Imperium

zusammen, die zweite mit dem Bedürfnis nach einem normalen, bequemen, guten Leben. Putin baut auf der ersten auf. Der Westen hingegen sollte den Russen nicht nur helfen, sich von den imperialen Ressentiments zu verabschieden, sondern sich auch auf dieses Bedürfnis nach einem normalen Leben konzentrieren.

Damit die Russen ihre imperialen Sehnsüchte ablegen können, müssen wir der Ukraine in diesem Kampf helfen. Es ist notwendig, die Niederlage Russlands herbeizuführen, Vertreter der russischen Regierung vor ein Tribunal zu stellen und die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Dies wird ein starkes Signal an das russische Volk senden, um ihm klar zu machen, dass es die Ukraine vergessen kann und dass seine Träume vom Wiederaufbau eines Imperiums keine Chance haben, in Erfüllung zu gehen.

Damit die Russen wiederum den Wunsch entwickeln, in dem so genannten schönen Russland der Zukunft zu leben, von dem Alexej Nawalny ihnen erzählt, müssen wir ihre Aufmerksamkeit auf den Erfolg der Ukraine lenken. Und damit meine ich nicht nur die Unterstützung beim Wiederaufbau nach dem Krieg, sondern vor allem auch die Integration in die Europäische Union. Es geht auch darum, eine Strategie für die Politik der Europäischen Union gegenüber einem demokratischen Russland in naher Zukunft zu entwickeln. Die Russen müssen verstehen, dass wir zusammenarbeiten werden, dass sie unterstützt werden und dass es ihnen ohne Putin besser gehen wird.

Sollte der Westen versuchen, Russland aufzulösen?

Die Entscheidung über einen möglichen Zerfall der Russischen Föderation sollte von den Russen selbst getroffen werden. Ich weiß nicht genug über die russische Gesellschaft, um beurteilen zu können, ob sie das wirklich will, aber ich habe den Eindruck, dass heute im Westen mehr darüber gesprochen wird als in Russland selbst. Solange in Russland Autokraten an der Macht sind, ist dies bekanntlich unmöglich. Wenn mich jemand danach fragt oder darauf hinweist, dass Tatarstan oder Baschkirien den Weg Litauens, Lettlands oder Estlands gehen sollten, erinnere ich ihn daran, dass wir selbst erst mit dem Beginn der Perestroika in Moskau begonnen haben, offen für unsere Unabhängigkeit zu kämpfen und die Gewissheit erlangt haben, dass uns keine Repressionen drohen, wenn wir auf die Straße gehen und protestieren.

Sie haben wiederholt darauf hingewiesen, dass das Ausmaß der Repression in Russland beispiellos ist. Wie stellen Sie sich die Demokratisierung des Staates unter diesen Bedingungen vor?

Ich wage keine Vorhersage. Es kann sein, dass wir einen Vulkanausbruch erleben, der alles verändert, oder dass nichts passiert. Die Geschichte lehrt uns, dass es in solchen Situationen zu völlig unerwarteten Umwälzungen kommt. Im Falle Russlands könnte der Auslöser meiner Meinung nach der Sieg der Ukraine sein.

Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendjemand vorhersagen konnte, dass Michail Gorbatschow in der UdSSR erscheinen und die Perestroika einleiten würde. Ich kann Ihnen auch versichern, dass niemand erwartet hat, dass die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Belarus zum Entstehen einer so starken Oppositionsbewegung führen würden. Die Demokratie bewegt sich sehr langsam von der westlichen Peripherie der ehemaligen UdSSR nach Osten. Es gibt keinen Grund, nicht daran zu glauben, dass sie sich auch auf russisches Gebiet ausbreiten wird.

Wir haben die belarussische Opposition angesprochen, und ich komme nicht umhin zu fragen, warum sie den Eindruck erweckt, geeinter und besser organisiert zu sein als die russische Opposition?

Den Weißrussen ist es zwar nicht gelungen, den autoritären Staatschef Alexander Lukaschenko zu stürzen, aber sie haben es geschafft, die Tatsache auszunutzen, dass er die Wahlen gefälscht hat. Indem sie nachwiesen, dass Swetlana Tichanouska die inoffizielle Gewinnerin war, gelang es ihnen, ihre Position als Führerin der belarussischen Opposition zu legitimieren.

Wir arbeiten intensiv mit der russischen Opposition zusammen, und ich weiß, dass die Russen die belarussische Opposition um diese Legitimität beneiden. Die kleinen Spaltungen, die heute unter den

russischen Oppositionellen zu beobachten sind, machen mir keine Sorgen. In Litauen waren wir vor und nach der Unabhängigkeit mit dem gleichen Problem konfrontiert. Wir hatten ein gemeinsames Ziel, das war das Wichtigste. Ich denke, das Gleiche gilt für die Russen heute. Die Oppositionellen von heute müssen nicht nur daran denken, mit der russischen Gesellschaft zu kommunizieren, sondern auch mit den europäischen Strukturen zusammenzuarbeiten. Die Unterstützung des Westens ist für sie und Russland von entscheidender Bedeutung.

Welche Rolle sollte der Westen bei der Gestaltung eines demokratischen Russlands spielen?

Russland zu helfen, auf den Weg der Demokratie zurückzukehren. Dazu muss eine Strategie entwickelt und in die Praxis umgesetzt werden, die wir in drei Phasen unterteilen. Metaphorisch nennen wir sie: das Jahr vor der Transformation, den Tag nach der Transformation und das Jahr nach der Transformation.

Wir müssen die Fragen beantworten, was vor dem Übergang getan werden muss, wie der russischen Opposition geholfen werden kann, was die russische Opposition in naher Zukunft und nach dem Übergang zu tun gedenkt und wie ihr Programm aussehen wird. In den nächsten Schritten werden wir überlegen, wie wir der jungen russischen Demokratie helfen können, sich zu stabilisieren, was u.a. Reformen voraussetzt. All dies, um zu verhindern, dass sich die Geschichte wiederholt. Junge Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass sie schwierig sind und nach anfänglichem Enthusiasmus nicht selten Angst und Desillusionierung in einer Gesellschaft hervorrufen, die sich nach der Vergangenheit zu sehnen beginnt. Der Westen hat die Möglichkeit, den Russen durch diese schwierige Zeit zu helfen, indem er unter anderem die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung schafft und ihnen versichert, dass sie auf seine Unterstützung zählen können.

Was ist mit den Stimmen, die vorschlagen, den Marshallplan auf Russland anzuwenden?

Ich sehe nicht, wie der Westen Russland mit viel Geld unterstützen kann. Meiner Meinung nach sollte ein Marshallplan für Russland auf der Schaffung von Bedingungen beruhen, die Russland helfen, seine Wirtschaft und damit auch seine Demokratie zu stabilisieren, und zwar durch die Einführung des Freihandels, die Aufhebung der Visumpflicht, die Zusammenarbeit bei der Modernisierung usw.

Wir sprechen heute mehr und mehr über Schuld und kollektive Verantwortung und darüber, ob diese von allen Russen getragen wird. Gleichzeitig erinnern Sie uns daran, dass sie bis zu einem gewissen Grad auch beim Westen liegt.

Der Westen hat Fehler gemacht, die es Putin ermöglichten, zu glauben, er könne tun, was er wolle, ohne irgendwelche Konsequenzen zu tragen. Heute geben Ursula von der Leyen und andere Vertreter der westlichen politischen Elite diese Kurzsichtigkeit zu und bedauern, dass sie nicht auf die Warnungen der baltischen Staaten und Polens gehört haben. Das ist natürlich wichtig, aber es ändert nichts an der Situation. Der größte Fehler des Westens bestand darin, die Ukraine in der so genannten Grauzone zu belassen, was auf dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest besonders deutlich wurde. Damals erhielten die Ukraine, Mazedonien und Georgien keine Einladung zur Mitgliedschaft. Wir müssen uns das vor Augen halten und uns der Bedeutung dieser Entscheidung bewusst sein.

Sie waren Ministerpräsident von Litauen, als Wladimir Putin Ministerpräsident von Russland war. Haben Sie ihn persönlich getroffen?

Ich habe an einem informellen Treffen mit ihm in Moskau teilgenommen. Er hat keinen guten Eindruck auf mich gemacht. Wir haben zwar keine Entscheidungen getroffen, aber wir haben verschiedene Themen besprochen, und ich hatte den Eindruck, dass ich es mit einem typischen St. Petersburger Hooligan zu tun hatte. Sobald Putin spürte, dass ich in bestimmten Fragen unsicher war, begann er sofort, Druck auszuüben und zu drängen. Ich fühlte mich in die Zeit der Sowjetunion zurückversetzt. Es herrschte eine sehr ähnliche, nervöse Atmosphäre.

Hat Sie die Entscheidung Putins, in die Ukraine einzumarschieren, überrascht?

Ich hatte die zunehmenden Spannungen schon seit vielen Jahren beobachtet. Als wir 2008 in Litauen an die Macht kamen, war uns klar, dass es notwendig war, endlich mit den Überresten des Sowjetimperiums zu brechen und Gazprom die Eigentumsrechte an unseren Leitungen zu entziehen. Als der Krieg begann und Europa sich Sorgen machte, wie es ohne russisches Gas zurechtkommen sollte, hatten wir damit kein Problem. Gleichzeitig erschien mir aber die Vorstellung, dass Russland in die Ukraine einmarschiert, absurd und von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ich habe wohl Putins Intellekt und Verstand überschätzt, denn ich hätte nicht gedacht, dass er sich zu einem solchen Wahnsinn entschließen würde.

Der Westen wird die Ukraine bis zu ihrem siegreichen Ende unterstützen?

Ja, aber ich bin auch der Meinung, dass der Westen manchmal zu langsam handelt und nicht schnell genug aus seinen Fehlern lernt. Die Einsicht, dass die Unterstützung der Ukraine notwendig ist, ist zwar vorhanden, aber die Angst vor dem, was Russland nach dem Krieg von sich geben wird, hemmt oder verzögert zumindest bestimmte Maßnahmen des Westens, die sehr schnell ergriffen werden sollten.

Es ist heute sehr üblich, den derzeitigen Krieg mit dem Zweiten Weltkrieg und Putins Russland mit Hitlers Reich zu vergleichen. Welche Lehren sollten wir aus den Erfahrungen unserer Vorväter ziehen, die uns heute helfen können?

Man kann natürlich nicht von einer vollständigen Analogie sprechen, aber ich denke oft an die deutsche Gesellschaft, die es trotz der Macht von Hitlers Propaganda geschafft hat, sich mithilfe des Westens zu entnazifizieren und zu demokratisieren. Und das gibt mir Hoffnung. Wir sehen sehr deutlich, dass fast jede Gesellschaft in die schreckliche Falle des Nazismus oder Putinismus tappen kann, aber die Geschichte beweist, dass sie auch eine Chance hat, sich zu erholen.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,29556579,byly-premier-litwy-dla-wyborczej-demokratyzacja-rosji-to.html>

Bogusław Chrabota: Wahlen können Erinnerung an Johannes Paul II. zerstören



Quelle: rp.pl

Im Namen der Bewahrung der kollektiven Identität Polens sollten die Parteien, ihre Führer und die Kirche den Ausschluss der Person des Papstes aus der politischen Auseinandersetzung im Wahlkampf erklären.

Papst Johannes Paul II., Karol Wojtyła, ist und bleibt für eine große, wahrscheinlich überwältigende Mehrheit der Polen ein Bezugspunkt der nationalen Geschichte und eine große Autorität. Aber alle Polen, nicht nur die Kritiker und Feinde der Kirche, haben ein Recht darauf, jede Wahrheit zu erfahren, auch die schwierigste Wahrheit über seine pastorale Tätigkeit. Deshalb fällt es mir schwer, Journalisten und Wissenschaftler zu stigmatisieren, die versuchen, die noch unbekannteten Fakten über sein Verhalten im Zusammenhang mit der Pädophilie in der Kirche aufzuzeigen. Wie wichtig dies auch für den moralischen Zustand der Kirche ist, wissen die polnischen Bischöfe selbst, die beschlossen haben, einen Beauftragten für den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu ernennen und die St. Joseph-Stiftung zu gründen, die unter anderem denjenigen hilft, die von Pädophilen in Soutanen geschädigt wurden.

Auch die Journalisten der *Rzeczpospolita* sind an der Suche nach der Wahrheit beteiligt. Wir veröffentlichen unsere Materialien jedoch im vollen Bewusstsein, dass sie nur einen Teil des historischen Wissens offenbaren. Ein Teil, der die Schuld des heiligen Johannes Paul II. nicht schlüssig beweist, geschweige denn eindeutig feststellt.

Raum für Diskussion

Um seine Haltung gegenüber pädophilen Priestern abschließend beurteilen zu können, bedarf es weiterer jahrelanger Arbeit, des Zugangs zu kirchlichen Archiven und der Fähigkeit, die vorliegenden Erkenntnisse

in den richtigen Kontext zu stellen. Fehler und Auslassungen des Krakauer Metropoliten können nicht von vornherein ausgeschlossen werden. erinnert man sich jedoch an die Zeit des Kommunismus, so muss man feststellen, wie wichtig es für die polnische Hierarchie war, die Kirche vor den Sicherheitsdiensten zu schützen, die die Priester überwachten und bekämpften, und wie wichtig es war, Manipulationen und Erpressungen zu fürchten. Dies war eines der Hauptmotive für die von Karol Wojtyła ergriffenen Maßnahmen, die andere Angelegenheiten überschatten konnten.

Vor diesem Hintergrund hat sich der öffentliche Streit um die Person des ehemaligen Metropoliten von Krakau in jüngster Zeit, mehr als ein halbes Jahrhundert nach diesen Ereignissen, außerordentlich zugespitzt. Auf der einen Seite wird er bösartig angegriffen; es gibt zweifellos diejenigen, die ihn von seinem Sockel stoßen wollen. Auf der anderen Seite werden seine Verteidiger immer lauter. Es ist schwierig, den einen oder den anderen anzugreifen. Die Demokratie bietet Raum für solche Diskussionen, das ist der Sinn der Redefreiheit.

Verheerende Folgen

Viel wichtiger ist es jedoch, diesen Streit nicht in die Politik zu verwickeln und ihn vor allem nicht im Wahlkampf zu verwenden. Die Instrumentalisierung des Andenkens an den Papst durch eine der beiden Seiten wird zweifellos das Andenken an Johannes Paul II. treffen. Politik, insbesondere in Wahlkampfzeiten, polarisiert. Sowohl die Anhänger der Regierenden als auch die der Opposition werden vor die Wahl gestellt: Bist du für oder gegen die Heiligkeit von Karol Wojtyła. Eine solche Polarisierung kann verheerende Folgen für das Andenken an den polnischen Papst haben. Sie könnte eine der wenigen Autoritäten, die wir als Gesellschaft haben, angreifen.

Wir fordern daher nachdrücklich, dass die unsägliche und ungeklärte Frage nach der Haltung des Krakauer Metropoliten zu Pädophilen in seiner Diözese nicht im Wahlkampf verwendet wird. Damit die um die Macht kämpfenden Politiker nicht das Andenken eines Mannes beschmutzen, der in unserem Land und in der ganzen Welt zu einem Helden des kollektiven Gedächtnisses geworden ist. Im Namen der Bewahrung der kollektiven Identität Polens sollten dies beide politischen Parteien und ihre Führer erklären. Auch die polnischen Bischöfe sollten ihre Stimme mit Nachdruck erheben. Johannes Paul II. ist Teil unserer Geschichte und unserer nationalen Axiologie. Ihm sein Denkmal zu nehmen, könnte der letzte Schlag für die polnische Kirche sein. Die Verantwortlichen für eine gemeinsame Zukunft sollten sich dessen bewusst sein.

Zsfg.: JP

<https://www.rp.pl/komentarze/art38111001-boguslaw-chrabota-wybory-moga-zniszczyz-pamiec-o-janie-pawle-ii>

Wie Moskaus Spione arbeiten



Quelle: rp.pl

*Der russische Militärgeheimdienst "produziert" Agenten, die auf Operationen in bestimmten Ländern und sogar in bestimmten Umgebungen vorbereitet werden, sagt Oberstleutnant **Maciej Korowaj**, ein ehemaliger Offizier der polnischen Armee, der sich auf die Operationen der belarussischen und russischen Dienste spezialisiert hat.*

Marek Kozubal: Der Leiter des Ministeriums für Inneres und Verwaltung, Mariusz Kaminski, teilte mit, dass ein mit russischen Diensten in Verbindung stehendes Spionagenetz, das Informationen über den Eisenbahnverkehr u. a. von Militärtransporten sammelte, zerschlagen worden sei. Neun Personen wurden festgenommen, von denen eine kleine Anzahl im Besitz von Kameras und GPS-Geräten war. Die Festnahme erfolgte erst jetzt, ein Jahr nach dem Beginn des heißen Krieges in der Ukraine. Hat Sie das überrascht?

Oberstleutnant Maciej Korowaj: Nein, denn die Aktivitäten der Ablenkungs- und Aufklärungsgruppen müssen auch ihre Trägheit und Zeit für die Umsetzung haben. Ich vermute, dass sie schon einige Monate vor dem Krieg begonnen haben müssen. Andererseits war der Höhepunkt ihrer Tätigkeit etwa sechs Monate nach Ausbruch des Krieges. Man darf auch nicht vergessen, dass die Dienste nicht so vorgehen, dass sie sofort zugreifen und ein Netzwerk auflösen. Sie untersuchen eine solche Gruppe so lange, wie sie sicher und operativ wichtig ist. Dies geschieht so lange, bis sie feststellen, dass sie bereits über alle Informationen verfügen, die es ihnen ermöglichen, eine Verhaftung auf verfahrensmäßige Weise vorzubereiten. Es ist auch sehr wahrscheinlich, dass sie wissen, dass die Gruppe bereits fortgeschrittene Aktivitäten durchführt, z. B. die Installation von GPS-Geräten in Eisenbahntransporten oder die Vorbereitung von Angriffen auf die Eisenbahninfrastruktur. Dann kam die Spionageabwehr höchstwahrscheinlich zu dem Schluss, dass dies der beste Zeitpunkt für eine Verhaftung sei. Meiner

Meinung nach hat der Sicherheitsdienst sehr professionell gearbeitet, was sich auch an der Zahl der festgenommenen Personen ablesen lässt.

Wie viele Personen sollten eine solche Gruppe leiten, d. h. Kontaktstellen und Kommunikation aufrechterhalten und Ausrüstung übergeben?

Das hängt von der jeweiligen Situation ab. In den russischen Spezialdiensten gibt es diesbezüglich keinen einheitlichen Kanon. Sicherlich muss es einen Führungsoffizier geben, eine Person, die Bargeld entgegennimmt und entsprechend tarnt, einen Verbindungsmann, einen Techniker sowie operative Personen, die in einem bestimmten Gebiet mit einer entsprechenden Tarnung bestimmte Tätigkeiten ausführen könnten. In der Regel wird davon ausgegangen, dass die Ausführung einer Tätigkeit von einem Agenten vorgenommen wird. Die Zahl der festgenommenen Personen zeigt, dass der Sicherheitsdienst einen Gesamtüberblick über diese Gruppe hatte.

Verfügen die russischen Dienste über Ablenkungs- und Aufklärungsgruppen in ihren Strukturen, die sie in andere Länder entsenden können?

Ja, dafür ist in erster Linie der militärische Nachrichtendienst zuständig. In diesem Dienst gibt es eine Abteilung, die sich mit der "Produktion" dieser Art von Agenten befasst – sie werden für Operationen in bestimmten Richtungen, in bestimmten Ländern und sogar in bestimmten Umgebungen vorbereitet. Der belarussische Dienst ist darauf besonders spezialisiert, aber alles geschieht unter der Schirmherrschaft und mit Unterstützung des russischen Dienstes.

Ist es möglich, dass eine solche Gruppe gleichzeitig Informationen sammelt, Ablenkungsmanöver vorbereitet und Propagandaaktivitäten gegen Polen durchführt?

Das ist seltsam, denn normalerweise werden Propagandaaktivitäten von einer anderen Gruppe durchgeführt, weil sie der Aufdeckung durch die Spionageabwehr stärker ausgesetzt ist. Er würde eine solche Aussage also vielleicht als ein gewisses Spiel unserer Dienste betrachten. Es könnte aber auch sein, dass die Person, die die Gruppe finanziell absichert, gleichzeitig andere Einsatzkräfte betreut. Das wäre natürlich ein Fehler der russischen Dienste, oder es würde zeigen, dass sie keine anderen Handlungsmöglichkeiten hatten. Aber von unserer Seite aus wäre die Ergreifung einer solchen Person ein großer Erfolg für den Sicherheitsdienst.

Hätten solche Operationen ohne die Unterstützung des Botschaftspersonals eines feindlichen Landes durchgeführt werden können? Inwieweit handelt eine solche Gruppe eigenständig?

Operative, nachrichtendienstliche, agentenbezogene Arbeit unterliegt immer einer gewissen Autonomie. Das ist in der Entstehungsgeschichte dieser Tätigkeit angelegt. Andererseits gibt es Unterstützung durch Botschaftsmitarbeiter, aber meist nicht direkt. Sie konzentriert sich hauptsächlich auf die Untersuchung des Umfelds und die Übermittlung von Informationen an die Geheimdienstzentralen in Moskau oder Minsk. Im Allgemeinen geht es darum, über die Auswirkungen der Aktivitäten der Gruppe zu berichten und diese Aktivitäten zu überprüfen, z. B. wenn sie propagandistische Auswirkungen haben, und zu bewerten, wie wirksam diese Aktivitäten sind. In der Regel werden Aktionen vermieden, die solche Aktivitäten mit einer Botschaft in Verbindung bringen würden, da ein diplomatischer Posten normalerweise unter starkem Druck der Spionageabwehr steht.

Zsfg.: JP

<https://www.rp.pl/polityka/art38136751-jak-dzialaja-szpiedzy-moskwy>

Das Urteil für den Mord an Danzigs Oberbürgermeister Paweł Adamowicz ist gefallen. Stefan Wilmont wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. „Ein beispielloses Verbrechen“



Quelle: wyborcza.pl

Mehr als vier Jahre nach dem Attentat auf Paweł Adamowicz hat ein Gericht in Danzig ein noch nicht rechtskräftiges Urteil verkündet. Der Mörder des Oberbürgermeisters, Stefan Wilmont, wurde zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Drei Jahre Ermittlungen, ein Jahr Prozess und ein noch nicht rechtskräftiges Urteil. Stefan Wilmont verfolgte die Urteilsverkündung hinter einer Panzerglasscheibe im größten und repräsentativsten Saal des Danziger Landgerichts. Zu Beginn des Prozesses erlaubte das Gericht die Veröffentlichung des Bildes und des Namens des Angeklagten.

Die vorsitzende Richterin, Aleksandra Kaczmarek, erklärte Stefan Wilmont des Mordes an Bürgermeister Paweł Adamowicz für schuldig. Der Mörder wurde in einem noch nicht rechtskräftigen Urteil zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Strafe ist im therapeutischen System, in einer Abteilung für Menschen mit nicht psychotischen Geisteskrankheiten, zu verbüßen. Wilmont kann nach Verbüßung von 40 Jahren seiner Strafe einen Antrag auf Bewährung stellen. Mit dem Urteil werden dem Mörder außerdem für 10 Jahre die Öffentlichkeitsrechte entzogen.

Der zweite Teil des Urteils bezieht sich auf die Drohungen von Stefan Wilmont gegenüber dem Moderator Andrzej Stawicki, bevor er ihm auf der Bühne das Mikrophon wegnahm. Für diese Tat wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht sprach Stawicki eine Entschädigung von 10.000 PLN zu. Die Strafe wurde unter dem Umstand der Rückfälligkeit verhängt.

Stefan Wilmont verfolgte das Urteil schweigend, aber mit einem Lächeln im Gesicht. In seinem Urteil schloss sich das Gericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf lebenslange Haft an. Wilmonts Verteidigung hatte in den Schlussplädoyers beantragt, den Täter für unzurechnungsfähig zu erklären, was die Einstellung des Verfahrens zur Folge gehabt hätte. Für den Fall, dass das Gericht seine Schuld anerkennen sollte, forderte es 15 Jahre Gefängnis. Beide Verfahrensbeteiligten haben mitgeteilt, dass über eine Berufung entschieden wird, sobald die schriftliche Begründung des Urteils vorliegt.

Ein beispielloses Verbrechen

Zu Beginn erklärte Richterin Aleksandra Kaczmarek, dass das von Wilmont begangene Verbrechen seit der Zwischenkriegszeit, der Ermordung von Präsident Gabriel Narutowicz im Jahr 1922, beispiellos sei. Die Richterin gab einen Einblick in Wilmonts Kindheit und wies darauf hin, dass er schon in jungen Jahren Erziehungsprobleme verursachte, Diebstähle beging und die Grundschule nicht abschloss.

Das Gericht stimmte der Staatsanwaltschaft zu, was das Motiv für die Tat betrifft. Es handelte sich um Rache für die von Wilmont als ungerechtfertigt empfundene Strafe für von ihm begangene Banküberfälle (5,5 Jahre Gefängnis). Er war der Ansicht, dass der Schreckschussrevolver, mit dem er das Bankpersonal bedrohte, kein gefährliches Werkzeug war. Richterin Aleksandra Kaczmarek betonte, dass Wilmont gegenüber Mithäftlingen geäußert hatte, er wolle sich nach seiner Entlassung an den Behörden für sein Unrecht rächen. Als er wegen der Anschläge verurteilt wurde, wurde Polen von der Bürgerplattform regiert. Unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, im Dezember 2018, kaufte Wilmont in einem Militärgeschäft in Danzig-Langfuhr ein Messer (die Klinge war 14,5 cm lang).

„Es gebe keine Beweise für die Beauftragung des Mordes oder dafür, dass Stefan Wilmont von anderen inspiriert worden sei, und alle Medienveröffentlichungen zu diesem Thema seien unwahr“, sagte Richterin Aleksandra Kaczmarek. Die Richterin bezeichnete das politische Motiv für das Verbrechen als eine „Überinterpretation“.

Gericht: Angeklagter drückt seine Verachtung für menschliches Leben aus

Die Richterin wies unter Berufung auf Sachverständigengutachten darauf hin, dass Stefan Wilmont weder an einer psychischen Krankheit leidet, noch geistig behindert sei. Vor dem Angriff war bei ihm keine psychische Krankheit diagnostiziert worden, so dass es während des Angriffs nicht zu einem Rückfall gekommen sein kann. Stattdessen wurde bei Wilmont eine „schizotypische Störung“ diagnostiziert. Die Richterin erinnerte daran, dass Stefan Wilmont im Gefängnis gesagt haben soll, „wenn sich Unzurechnungsfähigkeit für ihn auszahlt, wird er so tun, als sei er unzurechnungsfähig“. „Von einer fortschreitenden Persönlichkeitszerstörung, wie sie für die paranoide Schizophrenie charakteristisch ist, kann nicht die Rede sein. Stefan Wilmont hatte kurzzeitige psychotische Zustände, die von Manipulationen begleitet waren“, sagte Richterin Aleksandra Kaczmarek.

Die Richterin betonte, dass die Motivation des Angeklagten eine besondere Verurteilung verdiene und dass Stefan selbst Menschenverachtung zum Ausdruck bringe. Er reagiert aggressiv gegen die Autorität der Behörden und gibt der ganzen Welt die Schuld für sein „eingebildetes“ Unrecht.

Richterin Kaczmarek betonte auch, dass Adamowicz laut Wilmont „symbolisch für den angerichteten Schaden verantwortlich“ gewesen sei. „Adamowicz sei eine zufällige Person, die in der Vorstellung des Angeklagten die ursprünglich erlittenen Schäden symbolisiere“, so die Richterin. Und sie wies darauf hin, dass das Justizsystem dem Angeklagten in keiner Weise Schaden zugefügt habe.

Das Gericht stellte fest, dass Stefan Wilmont sich gut auf den Angriff vorbereitet hatte: Er hatte ein Messer gekauft, wusste, wie er zum Tatort gelangen konnte, führte präzise Schläge aus, wählte einen günstigen Zeitpunkt für den Angriff und verkündete ein Manifest. „Der Angeklagte wusste, wen er töten wollte, er hat keine anderen Menschen verletzt, obwohl er die Möglichkeit dazu hatte. Er hat dem Opfer nicht die geringste Chance gegeben, sich zu verteidigen. Das von ihm begangene Verbrechen ist erschreckend“, sagte die Richterin. Sie betonte, dass Wilmont eine „zutiefst demoralisierte“ Person sei und dass er „Spaß“ bei der Ausführung der Tat gehabt habe. Das Gericht sah keine mildernden Umstände und der Angeklagte zeigte keine Reue. „Kein Bedauern, keine Besinnung“, sagte die Richterin.

Magdalena Adamowicz: Ich hoffe, dass die Erinnerung an den Täter verloren geht

Die Urteilsbegründung entsprach dem, was die Staatsanwaltschaft festgestellt hatte.

Staatsanwältin Agnieszka Nickel-Rogowska: „Warum hat der Angeklagte Pawel Adamowicz getötet? Während seiner gesamten Haftstrafe für die Raubüberfälle, die er mit einem gefährlichen Werkzeug begangen hatte, hegte er ein Gefühl der Ungerechtigkeit. Erstens war er der Meinung, dass das Werkzeug, das er benutzt hatte (eine Schreckschusspistole - Anm. d. Red.), kein gefährliches Werkzeug war, und zweitens war er der Meinung, dass er eine zu lange Strafe erhalten hatte, eben weil das Gericht entschieden hatte, dass es sich um ein gefährliches Werkzeug handelte. Er wiederholte dies während seiner gesamten Haftzeit, erzählte es seinen Mitgefangenen und seiner Familie bei Besuchen. Und er wollte der Welt davon erzählen. Deshalb hat er sich einen solchen Moment ausgesucht, einen solchen Augenblick. Er wollte etwas Spektakuläres tun. Er hat nicht die Person von Oberbürgermeister Adamowicz ausgewählt, diese Überlegung kam erst später.“

Nachdem sie den Gerichtssaal verlassen hatte, kommentierte Magdalena Adamowicz, die Witwe des Oberbürgermeisters, das Urteil.

„Nichts wird Pawels Leben zurückbringen, nichts wird das Leben des Vaters meiner Töchter zurückbringen. Ich hoffe, dass dieses Urteil [in der Berufung] nicht angefochten wird. Das ist alles, was ich sagen möchte“, sagte Adamowicz, die nur ungern mit Journalisten spricht.

„Ich möchte noch hinzufügen, dass - wie einer der Teilnehmer des Verfahrens vor einigen Tagen sagte - die Erinnerung an Paweł Adamowicz bleiben wird. Und ich hoffe, dass die Erinnerung an den Täter so schnell wie möglich verschwinden wird“, so die Europa-Abgeordnete.

Piotr Adamowicz: Die tragischen Bilder kehren zurück

Auch der Bruder des verstorbenen Oberbürgermeisters äußerte sich zu dem Urteil.

Piotr Adamowicz: „Nichts kann das Leben eines Sohnes, eines Vaters, eines Bruders, eines Ehemanns zurückbringen. Es gibt ein umgangssprachliches Sprichwort, das besagt, dass die Zeit die Wunden heilt, und da ist viel Wahres dran, aber bitte verstehen Sie die Familie, die im Januar vor vier Jahren eine große Tragödie, ein Trauma erlebt hat. Und mit jeder Anhörung, jeder Untersuchung, jeder Vorbereitung auf die Schlussplädoyers kommen diese tragischen Bilder wieder hoch. Es ist wirklich nicht leicht. Deshalb beendet das erstinstanzliche Urteil natürlich eine gewisse Phase, aber es schließt den Fall keineswegs ab, denn aufgrund der sehr hohen Strafe und der Erwartungen der Verteidigung wird es wahrscheinlich vor dem Berufungsgericht angefochten und im Herbst wieder aufgerollt werden.“

Der Bruder des Oberbürgermeisters wurde von Journalisten gefragt, ob die Familie die Tragödie leichter ertragen hätte, wenn der Mörder Reue gezeigt und sich entschuldigt hätte.

„Wahrscheinlich wäre es für uns leichter zu ertragen gewesen, wenn er Reue gezeigt hätte, aber das habe ich von ihm nicht erwartet“, sagte Piotr Adamowicz. „Wir haben gesehen, dass er zufrieden, ja sogar stolz auf seine mörderische Tat ist. Es erregt ihn, stachelt ihn an, er sammelt Zeitungsausschnitte über sich. Er hat eine gestörte Persönlichkeit. Er war sozusagen auf die Bürgerplattform fixiert, und mein Bruder wurde für ihn zu einem solchen Inbegriff des Bösen. Wir haben sein Grinsen bei der Verkündung der Urteilsbegründung gesehen. Und deshalb hat das Gericht zu Recht entschieden, dass die Prognose für seine Rehabilitation negativ ist, er kann immer noch das Leben und die Gesundheit anderer Menschen gefährden. Die Zeit heilt die Wunden, aber für die direkt Betroffenen dauert dieser Prozess sehr, sehr lange. Ich möchte all jenen danken, die der Familie in diesen vier Jahren zur Seite gestanden und sie ermutigt haben. Ich möchte unseren Prozessanwälten sowie der Staatsanwältin und der Staatsanwaltschaft in Danzig danken. Dieser Prozess hätte aufgrund der Vielzahl der Zeugen bis zu drei Jahre dauern können, aber er dauerte nur ein Jahr, und so danke ich auch dem Gericht, dass es diesen Zeitraum verkürzt hat.“

(...)

Zsfg.: AV

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [br.de](https://www.br.de)

„Je näher die Wahlen kommen, desto dümmer wird die polnische Politik, doch ich glaube nicht, dass sie jemals früher so dumm war. Die PiS droht damit, dass wir Grillenmehl statt Schweinefleisch essen werden, [...], der US-Botschafter wird einbestellt, weil sich ein Bericht über die Vertuschung von Pädophilie-Fällen durch JP II als Element der hybriden Kriegsführung entpuppt

[...]

und wie kann man bei diesem düsteren Zirkus, der aber doch ein Zirkus ist, überhaupt noch an den Wert und die Gültigkeit von bürgerlichem Engagement glauben?

[...]

man wird restlos verdummt, setzt sich eine Clownsnase auf und reißt Possen. Selbst kluge Menschen, die zu subtilen Unterscheidungen fähig sind, werden zu funktionalen Narren, wenn sie an diesem Zirkus teilnehmen, weil es einfach unmöglich ist, ihn vernünftig zu betreiben.“

Szczepan Twardoch - polnischsprachiger Prosaist und Publizist. Er bezeichnet sich selbst als Vertreter der schlesischen Nationalität.

Quelle:

<https://www.facebook.com/1282370816/posts/pfbid02FQu4Rs7Lv1PwuSuV9FqhMwMmxfb9jbWkNa5aFhiLapcVR8kQTokVenm7m6KeuDegl/>

zdf.de

Polen entlarvt russische Spione

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-spionage-ukraine-krieg-russland-100.html>

berliner-zeitung.de

Papst-Krise in Polen: Die PiS-Regierung legt sich sogar mit den Amerikanern an

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/papst-krise-in-polen-die-pis-regierung-legt-sich-sogar-mit-den-amerikanern-an-li.327689>

sueddeutsche.de

Abtreibungsrecht in Polen - Razzia bei der Frauenärztin

<https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-abtreibung-1.5768076>

berliner-zeitung.de

Ramstein 2.0: Wie das polnische Rzeszów zum Zentrum der Welt wird

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/reportage-ukraine-krieg-militaer-ramstein-2-0-wie-das-polnische-rzeszow-zum-zentrum-der-welt-wird-eine-stadt-im-karpatenvorland-li.322990>

derstandard.at

Die Köche, die sich mit Russland anlegen

<https://www.derstandard.at/story/2000144297860/die-koeche-die-sich-mit-russland-anlegen>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik